

## ***Es gilt das gesprochene Wort!***

**Holm Sternbacher**, SPD-Fraktionsvorsitzender

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir beschließen heute den letzten Haushalt der 13. Landschaftsversammlung.

Daher gestatten Sie mir nicht nur auf den Haushalt 2014 einzugehen, sondern auch einen Rückblick auf die Legislaturperiode vorzunehmen.

Der Haushalt 2014 ist, wenn man die Beratungen in den Fachausschüssen betrachtet, eher unspektakulär.

Der von der Gestaltungsmehrheit vorgeschlagene Hebesatz von 16,3 % ist ein guter Kompromiss.

Wir nehmen Rücksicht auf unsere Mitgliedskörperschaften, von denen vielen schon die Luft zum Atmen fehlt und wir verschulden uns als LWL nicht in unverantwortlicher Weise.

Und: Die Erledigung all unserer Aufgaben ist nicht gefährdet.

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist nur kurz erhöht worden, als die CDU dem Reflex nicht widerstehen konnten, die Höhe der Umlage nach der Formel –Gestaltungsmehrheit minus 0,1- zu beantragen.

Der CDU Vorschlag bedeutet, dass es zu einer weiteren Reduzierung der Ausgleichsrücklage von 11 Mio. € kommen kann.

Die erhofften Entlastungen aus dem Berliner Koalitionsvertrag zur Gegenfinanzierung dieser weitergehenden Hebesatzsenkung zu nehmen, ist zu diesem Zeitpunkt nicht seriös.

Auch die Aufforderung an Dr. Kirsch, zur Senkung der Umlage, endlich mit einer strikten Sparsbewirtschaftung zu beginnen, finde ich sehr bemerkenswert.

Die Gestaltungsmehrheit aus Bündnis 90/Die Grünen, FDP/UWG und SPD hat ihre Ziele in der „Gestaltungsvereinbarung“ 2009 formuliert.

Wir wollten fachliche Weiterentwicklungen in allen Aufgabenfeldern anstoßen, setzen gleichzeitig aber auf eine solide Haushaltswirtschaft, auf wirtschaftliches Denken und auf eine starke Verankerung in der kommunalen Landschaft Westfalen-Lippes.

Dieses politische Selbstverständnis hat von 2009 bis jetzt unsere politischen Entscheidungen geprägt. Vieles von dem, was in den letzten Jahren im LWL bewegt wurde, trägt unsere Handschrift.

Wir wollen und müssen unsere Aufgaben, und das sind vor allem Hilfen für behinderte und kranke Menschen, gut erfüllen.

Das geht nicht zum Nulltarif. Das ist teuer, von Jahr zu Jahr teurer. Ich komme noch darauf zurück.

Die Leitfrage lautet: Was können wir tun, um jetzt und auf Dauer unsere Ausgaben zu reduzieren und unsere Einnahmen möglichst zu steigern?

Diese Herausforderungen haben wir in der Gestaltungsmehrheit seit 2009 gut gemeistert: Wir haben fachlich Wichtiges auf die Schiene gebracht, ohne dabei den Kurs der haushaltswirtschaftlichen Zuverlässigkeit zu verlassen oder erfolgreiche Strukturen zu zerstören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
Der Bereich, der eigentlich die finanzielle Situation des Verbandes bestimmt ist der Sozialbereich.

Um es umgangssprachlich zu sagen - Hier spielt die Musik  
Schauen wir uns einmal die „individuelle Hilfgewährung im Einzelfall“ an.  
Die Kosten für die erforderlichen Hilfen sind im Betrachtungszeitraum, also von 2010 auf 2014, von 1,8 Milliarden auf über 2,2 Milliarden € brutto, also um 0,4 Milliarden € oder um gut 20 % gestiegen.

300 Millionen € netto mehr! Zum Mitschreiben: 300 Millionen. In fünf Haushaltsjahren. Im Durchschnitt also 60 Millionen € im Jahr. In jedem Jahr einmal fast unseren gesamten Kulturretat zusätzlich.  
Diese Summen sind im Haushalt nicht einzusparen.

In 2014 werden es insgesamt fast 2 Milliarden € sein. Das ist eine unglaubliche Summe. Und wäre ich nicht Mitglied der Landschaftsversammlung, dann würde ich diese Summe auch nicht glauben. Dann würde ich vielleicht denken, für Menschen mit Behinderungen wird nichts getan.

Inklusion, so würde ich denken, ist ein fernes Ziel, für das heute nicht viel getan wird.

Die Wahrheit aber ist anders. Der LWL kümmert sich. Er gewährt die Hilfen. Und, er finanziert sie.

2010 haben wir Wohnungshilfen für 38.000 Menschen geplant.  
2014 planen wir mit knapp 48.000. 10.000 Menschen mehr. Das ist schon fast eine Kleinstadt. Eine Steigerung um knapp 25 %.

2010 haben wir mit knapp 32.000 Menschen geplant, die Hilfen in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen erhalten. 2014 sind es fast 35.500. Also: 3500 Menschen mehr. Eine Steigerung um knapp 12 %.

Nicht nur die Steigerung der Aufwendungen, vor allem die jährlich ansteigende Zahl der Menschen mit Behinderungen, die auf Hilfe angewiesen sind, kommt für uns nicht überraschend.

Die Ursachen sind uns bekannt:

Wir wissen vom medizinischen Fortschritt.

Wir wissen, dass es auch nach schweren Unfällen mit bleibenden Schäden, ein weiteres Leben gibt.

Wir wissen, dass die Menschen länger leben,

-und das ist sehr gut so, -

wir wissen, dass der Hilfebedarf im Alter steigt.

Und wir wissen, dass immer mehr Menschen mit den Anforderungen des modernen Arbeitslebens nicht zurechtkommen.

All das sind Ursachen, auf die der LWL keinen Einfluss hat.

Allerdings – für die Folgen - für die Folgen hat er einzutreten.

Und die Folgen, die bilden sich in unserem Haushalt ab.

Behinderung ist heute ein allgemeines Lebensrisiko.

Dies kann nicht mehr alleine von Kommunen abgesichert werden. Deshalb brauchen wir die Hilfe des Gesamtstaates. Deshalb brauchen wir die Hilfe des Deutschen Bundestages.

Diese Forderung hat uns die letzten fünf Jahre beschäftigt. Wir haben eine Resolution beschlossen. Und mancher mag gedacht haben, die landet ohnehin nur im Papierkorb. Aber mitnichten.

Es ist die Wahlperiode, in der es gelungen ist, mehr zu erreichen als nur einen Appell.

Es ist die Wahlperiode, in der sich erst die Länder, dann der Bundesrat und schließlich die Koalitionspartner in Berlin, unserer Forderung angeschlossen haben.

Sie wissen, man muss immer alles sehr genau lesen, auch Koalitionsvereinbarungen.

Man muss auch immer genau zuhören. Ich sprach davon, dass man sich unserer Forderung angeschlossen hat. Allein das ist ein riesiger Erfolg. Forderung heißt aber noch nicht Realität.

Ich habe insbesondere den Bundesfinanzminister im Auge. Er wollte diese Forderung nie einlösen. Er wollte sie nicht. Aber die Länder haben ihn bei der Fiskalpaketeinigung dazu gezwungen.

Ob er jetzt ein glühender Verfechter der Idee ist, bezweifle ich. Er wird jede Chance nutzen, seinen Haushalt von dieser Belastung zu befreien. So sind Finanzminister.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier zusammenhalten. Wir müssen den Druck aufrechterhalten.

Wir erwarten, dass es spätestens 2015, aber allerspätestens Mitte 2016 ein Bundesteilhabegesetz gibt, das die Eingliederungshilfe modernisiert und die kommunale Entlastung in Höhe von 5 Milliarden € realisiert.

Ein modernes Teilhabegesetz und die Entlastung!  
Genau das, und nicht ein bisschen weniger!

Unsere Forderung lautet: ein Teilhabegesetz mit Entlastungswirkung für die kommunalen Haushalte!

Wir sind in dieser Wahlperiode weit gekommen und ich hoffe von ganzem Herzen, dass in der nächsten Wahlperiode endlich dieses Gesetz kommt.

Eine besondere Betrachtung verdienen die LWL-Förderschulen

Dass wir in der zurückliegenden Wahlperiode insbesondere auch das fachliche Profil des LWL als Schulträger ganz spezifischer Förderschulen, nämlich der für sinnes- und körperbehinderte Kinder, geschärft haben, liegt nicht nur am Auftrag zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention.

Trotz erheblicher finanzieller Herausforderungen wurde vielfältigen Investitionen in die LWL-Schulen zugestimmt. Wir bekräftigten, dass Pflege und Therapie neben Unterricht zum Kerngeschäft der LWL-KM-Schulen gehören, ebenso wie die Bewegungsbäder.

Eine Schülerbeförderung, die auf der Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes basiert, ist uns genauso wichtig, wie gute Schulverpflegung und bedarfsentsprechende ergänzende Angebote der Offenen Ganztagschule sowie ein gelungener Übergang von Schule in den Beruf für behinderte Jugendliche.

Vielfältige Projekte zum gemeinsamen Lernen haben an den LWL-Schulen in Kooperation mit allgemeinen Schulträgern in Westfalen-Lippe zu guten Ergebnissen geführt.

Die Schulentwicklungsplanung wird dort – wo gewünscht – intensiv mit allgemeinen Schulträgern, also unseren Mitgliedskörperschaften, abgestimmt.

Ich begrüße außerordentlich, dass wir mit drei eigenen LWL-Jugendheimen die Weiterentwicklung von Konzepten verantwortlich begleiten und mit dem LWL-Jugendhof Vlotho eine hervorragende Einrichtung zur Fortbildung von Fachkräften haben.

Mit unserer Koordinationsstelle Sucht bieten wir daneben ein Angebot, den Suchtgefährdungen von Kindern und Jugendlichen entgegenzutreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
Eine Betrachtung der Arbeit im Bereich Jugendhilfe kann nicht enden, ohne die Aufarbeitung der Vergangenheit der Heimerziehung auch im Bereich Westfalen-Lippe zu betrachten. Umfassend haben wir politisch die unterschiedliche Behandlung der Opfergruppen der Heimkinder thematisiert, das Leid derer erkannt, denen in Einrichtungen auch unter staatlicher Aufsicht Unrecht getan wurde und durch die Beteiligung am Fonds Heimerziehung uns auch politisch der Verantwortung gestellt. Die im LWL-Landesjugendamt heute arbeitende Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder bietet jetzt schnellstmögliche Unterstützung an, das ist gut so!

Vergessen möchte ich in meiner Betrachtung der zu Ende gehenden Legislatur nicht die Kultur

Es ist uns in den vergangenen fünf Jahren gelungen, die LWL-Museen zu unterstützen, attraktive und publikumswirksame Sonderausstellungen durchzuführen. Rund 1,3 Mio. Besucherinnen und Besucher im vergangenen Jahr zeigen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Dieses Ziel wurde erreicht, ohne nennenswerte Ausweitung des Haushaltsansatzes des LWL. Und das bedeutet, ohne unsere Mitgliedskörperschaften zur Kasse zu bitten.

Zu Beginn der Wahlperiode im Jahr 2009 haben wir uns auf die Fahnen geschrieben, die bestehenden Kultureinrichtungen des LWL weiter zu entwickeln und die Anstrengungen zur Barrierefreiheit voranzutreiben.

Auch dies ist uns gelungen.

Ein herausragendes Beispiel ist sicherlich das LWL-Museum für Kunst und Kultur, dessen Neueröffnung wir in diesem Jahr feiern werden.

Den Baufortschritt konnte ich selbst als Mitglied der baubegleitenden Kommissionen verfolgen. Daher kann ich voller Überzeugung sagen, dass wir mit dem Museum für Kunst und Kultur insbesondere auch unter dem Aspekt Inklusion und Barrierefreiheit Meilensteine gesetzt haben.

Im Sinne des Anspruchs „Kultur für alle“ haben wir darüber hinaus durchgesetzt, dass der Eintritt in die LWL-Museen an zwölf Tagen im Jahr frei ist. Diese Regelung gilt nun schon seit 2 1/2 Jahren und sie hat sich offenbart bewährt.

Wie mir Museumsdirektoren berichtet haben, werden die eintrittsfreien Tage sehr gut angenommen und sie erschließen unseren Häusern auch neue Zielgruppen. Auch der Blick in die Besucherstatistik bestätigt den Erfolg. Rund 10% der 1,3 Millionen Museumsbesucherinnen und -besucher haben im vergangenen Jahr die eintrittsfreien Tage genutzt. Das sind 130.000 Menschen, die dank unsere Initiative für einen Museumsbesuch gewonnen werden konnten!

Wenn man auf die Internetseite des LWL aufruft, sind die Fachbereiche und Abteilungen aufgelistet

Soziales – Psychiatrie - Jugend/Schule – Kultur - Maßregelvollzug

Erst dann kommt man auf die weiteren LWL Abteilungen  
LWL-Finanzabteilungen  
LWL-Gleichstellungstelle  
LWL-Unternehmensbeteiligungen  
LWL-Rechnungsprüfungsamt  
LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb

Über die Finanzabteilung brauche ich hier keine besondere Bemerkung machen, sie ist unentbehrlich und arbeitet sehr präzise.

Die Gleichstellungsstelle als Querschnittsaufgabe ist ein Erfolgsmodell,

Die Unternehmungsbeteiligungen haben in den vergangenen Jahren außergewöhnliche Aufgaben zu unserer vollsten Zufriedenheit ausgeführt. Natürlich gab es auch Beteiligungen, die uns große Probleme bereitet haben. Aber auch hier gab es eine gute Beratung der Politik in diesen hoch komplizierten Vorgängen. Dafür heute noch einmal meinen besonderen Dank.

Streubesitzdividentenbesteuerung nur eine gängige Vokabel

Das Rechnungsprüfungsamt hat eine außergewöhnliche Aufgabenerweiterung erfahren, die in hervorragender Weise bewältigt wurde.

Mein besonderer Glückwunsch gilt dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu seinem 10 jährigen Bestehen.

Ich gebe gerne zu, dass ich eine besondere Affinität zum BLB habe. Auch wenn es mit dringend erforderlichen Besprechungsräumen und einer Kantine hier im Haus noch nicht geklappt hat

Nach 10 Jahren glaube ich kann man sagen, dass wir die Ziele erreicht haben, die 2004 zur Gründung des BLB geführt haben.

Transparenz über die Bauvorhaben sowie die mit der Verwaltung des Immobilienvermögens des LWL verbundenen Kosten zu bekommen wurde erreicht.

Nicht nur Standards einzuhalten, sondern diese sinnvoll weiterzuentwickeln, energieeffizientes Bauen ohne die Wirtschaftlichkeit aus den Augen zu verlieren ist der Wunsch der Politik an den BLB.

Ich habe keinen Zweifel, dass der BLB seinen erfolgreichen Weg in der Erfüllung dieser Vorgaben fortsetzt.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des LWL wird auch zukünftig eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Ziele auf den Gebieten der Inklusion/Barrierefreiheit sowie des Umweltschutzes und des Energieverbrauchs übernehmen.

Ich möchte mich bei der Gestaltungsmehrheit für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Möchte aber auch bei den anderen Fraktionen für die faire Zusammenarbeit bedanken, die dem Verband zu Gute gekommen ist.

Bedanken möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unser gemeinsames Ziel: „Für die Menschen – für Westfalen-Lippe“ mit Ihrem täglichen Einsatz Realität werden lassen.

Das sind Sie, in den Kliniken, den Wohnheimen, Museen, Außendienststellen und der für Sie arbeitenden Zentralverwaltung.

Bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.